

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Kersch, Dresden und Säch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Litzsch.

Bezugspreis einschließlich Dringenslohn mit den wöchentlichen Beilagen „Roth der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wittenerplatz 10. Telefon 26 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wittenerplatz 10. Telefon 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reflamenzeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwechselung 10 Goldpf.

Nr. 122

Dresden, Montag den 26. Mai 1924

35. Jahrg.

## Scheiternde Verhandlungen

Auch am Sonnabend sind die Verhandlungen der Parteien über die Regierungsbildung resultatlos verlaufen. Es ist schon so gut wie sicher, daß sich am Tage nach Himmelfahrt die alte Regierung Marx, so wie sie ist und mit geringen Änderungen, dem neuen Reichstag präsentieren wird.

Inzwischen ist viel kostbare Zeit verthan worden. Ihr Ertrag besteht darin, daß die Demaskierung der deutsch-nationalen Gelungen, ihre Opposition gegen das Sachverständigengutachten erschüttert ist. Sollten diese Hochländer noch dem Scheitern der Verhandlungen, die sie mit unüberwindlicher Blumpheit geführt haben, mit großen Redensarten gegen die „Erfüllungspolitik“ und das „zweite Verfalls“ kommen, so wird man ihnen unter dem Hohngelächter Deutschlands antworten können, daß ihre Führer bereit gewesen wären, dies alles zu schlucken, wenn man ihnen ihre nationale Grundhaltungen nur mit einer entsprechenden Zahl von Ministerposten abgekauft hätte.

Auf der andern Seite aber haben die Mittelparteien sich selbst durch ihr Geschick mit den Deutschnationalen kompromittiert und die Sache Deutschlands geschädigt. Keiner draußen in der Welt, der in den Klüften und Pfaffen der deutschen Parlamentsinrigen Weisheit weiß, konnte begreifen, daß die zur Regierung berufenen Parteien mit den Deutschnationalen überhaupt um die Regierungsbildung verhandeln konnten — und das in einer Zeit, in der Frankreich ein gewaltiger Umschwung eingetreten ist und der kommende Nachfolger Poincarés, Herriot, die Verbündeten mit Deutschland als sein Programm verkündet. Dazu kommt, daß die Regierung Marx — nach gescheiterten Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung — so dastehen wird, als ob man sie nur aus Verlegenheit stehen gelassen hätte. Das kann ihrem innenpolitischen und außenpolitischen Kredit nicht eben förderlich sein.

Die Regierung Marx wird sehr große Aufgaben zu erfüllen haben. Ihr muß es zunächst gelingen, durch verdoppelte Entschlossenheit den üblen Eindruck der Verhandlungen mit den Deutschnationalen zu verwischen, das Sachverständigengutachten zur Durchführung zu bringen und zu den auf Verständigung gerichteten Bestrebungen der neuen französischen Regierung eine Haltung einzunehmen, die Deutschland wenigstens nicht vor den Augen der Welt offenbar ins Unrecht setzt. Den Schutz der Republik wird sie sich um so mehr angelegen sein lassen müssen, als das Ansehen der antirepublikanischen Bestrebungen immer stärker in Erscheinung tritt. Die Republik kann aber nur geschützt werden mit Hilfe der Arbeiter, die sie geschaffen haben, und diese notwendige Hilfe muß jede Regierung verlieren, die in sozial-, steuer- und sozialpolitischen Fragen eine arbeitserfeindliche Politik treibt.

Die Sozialdemokratische Partei war es, die durch ihre entschlossene Erklärung für die Annahme des Sachverständigengutachtens die Führung in der auswärtigen Politik übernommen hatte. Wie richtig ihre Stellungnahme war, hat seitdem jeder Tag mehr gezeigt. Selbst wenn man den sachlich unbegründeten Mäusen begl. durch ein launiges Hin und Her von außenpolitischen Verhandlungen könnten die Lasten des Sachverständigengutachtens gemindert werden, so muß man doch zu dem Erkenntnis kommen, daß Deutschland die Kraft zu solchen langwierigen diplomatischen Kämpfen heute nicht besitzt. Wenn die Sachverständigen mit einem ganz recht haben, so haben sie es damit, daß die Rentenmark nur eine sehr vorübergehende Lösung der deutschen Währungsfrage darstellt. Wird nicht rasch die definitive Lösung durch die neue Notenbank eingeleitet, der

Kreditnot nicht abgeholfen, so gehen wir unvorstellbaren wirtschaftlichen Zuständen und ebenso unvorstellbaren politischen Folgen entgegen.

Die Durchführung des Sachverständigengutachtens muß erfolgen, und je rascher sie erfolgt, desto besser! Wer sie hinausögert, wer ihr Hindernisse bereitet, begeht ein Verbrechen am deutschen Volk.

Schwere Kämpfe stehen bevor. Die Leidenschaften werden sich über jedes bisher gewohnte Maß hinaus erheben, und so wird fraglich, ob und wie lange dieser Reichstag arbeitsfähig bleiben wird. Es ist ihm zu wünschen, daß er so lange am Leben bleibt, bis die Massen des arbeitenden Volkes besser als am 4. Mai d. Z. die Notwendigkeit einer starken Sozialdemokratischen Partei erkennen. Dieser Prozeß kann sich aber sehr rasch vollziehen, er ist jetzt schon im Gange. Darum soll keiner glauben, er sei durch die Wahlen vom 4. Mai in die Rolle des Zuschauers zurückgeworfen. Jeder Tag braucht neue Kämpfer!

### Welche Ziele?

Am Sonnabend lagte im Reichstag der aus ungefähr 80 Mitgliedern bestehende erweiterte Vorstand der Deutschnationalen. Nach mehrstündiger Debatte über das politische Referat des Abgeordneten Spegt wurde folgende Entschlossenung angenommen:

„Der Parteivorstand und die Vorstände der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei erklären sich einmütig mit den von der Parteileitung und der Reichstagsfraktion aufgestellten politischen Zielen einverstanden und sprechen der Parteileitung ihr Vertrauen aus.“

Der erweiterte Vorstand befindet sich also in dem gleichen Zustand der geistigen Umarmung, wie die Deutschnationalen Parteileitung. Er redet von „politischen Zielen“ der deutschnationalen Parteileitung und Fraktion, obwohl die mehrstündigen interaktiven Verhandlungen bisher ergeben haben, daß die Deutschnationalen selbst nicht wissen, was sie wollen und zielen. Man braucht sich deshalb auch nicht zu wundern, wenn die Herrschaften sich mit den „aufgestellten politischen Zielen“ einverstanden erklären, ohne aber der Öffentlichkeit zu verraten, welches ihre Ziele sind. Immerhin haben sie dadurch erneut das Weltbild abgelegt, daß die ganze Deutschnationalen Partei nichts anderes ist als ein Häuflein verwirrter Wählergeher.

### „Es ist unser Wille...“

Die deutschvölkische Reichstagsfraktion trat am Sonnabend zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Sie wählte v. Graefe als Vorsitzenden und die Abgeordneten Feder bzw. Graf v. Reventlow zu stellvertretenden Vorsitzenden. Herr Wulle mußte sich mit dem Amte eines Beisitzers zufriedengeben, während Hennig als Geschäftsführer der Fraktion wurde. Selbstverständlich gehört auch Lüdendorff dem Vorstande, wenn auch ohne Amt, an. Das erste Werk der deutschvölkischen ist folgende Entschlossenung:

„Es ist der Wille der völkischen Führer General Lüdendorff, Ritter und v. Graefe, daß alle ihre Anhänger im ganzen Reich künftig nur noch eine einzige, gemeinsame politische Organisation bilden sollen und jegliche politischen Sonderorganisationen zu unterbleiben haben. Nähere Anweisungen werden folgen. Die von der Nationalistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschvölkischen Freiheitspartei und anderen betreibenden völkischen Vereinigungen gewählten Reichstagsabgeordneten haben demgemäß auch eine vollkommen einheitliche Fraktion unter dem Namen „Nationalistische Freiheitspartei“ zu bilden und alle ihre Wähler aufzufordern, entsprechend der Anweisung der Führerschaft im Sinne der Schaffung der erstrebten einheitlichen Organisation zu arbeiten.“

Deutschlands wegen der Durchführung der Sachverständigenberichte zu kontrollieren.

### Painleve wird Kammerpräsident

Paris, 24. Mai. Painleve hat auf die Bitte der Linksparteien die Kandidatur für das Kammerpräsidentium angenommen. Er dürfte mit erheblicher Mehrheit gewählt werden.

### Barrier Sozialisten gegen Regierungsteilnahme

Paris, 25. Mai. (Eig. Draht.) Der Kongreß der sozialistischen Verbände des Seine-Departements, auf dessen Tagesordnung u. a. die Wahl der Delegierten zum außerordentlichen Parteitag am 1. Juni stand, hat mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die sich gegen den Eintritt der Sozialisten in das neue Kabinett, aber für die Unterstützung einer Regierung der Kleinbürgerlichen Sozial-Radikalen mit ausgesprochen demokratischem Programm ausspricht.

Paris, 25. Mai. (Eig. Draht.) In einer vom Rat der Linken einberufenen Versammlung in Hyères erklärte Renaudel, daß die Sozialisten ein Ministerium der Konzentration, d. h. jedes aus einer Koalition der Parteien der Mitte hervorgegangenes Kabinett aus schärfste bekämpfen würden, daß dagegen ein dem Wahlergebnis vom 11. Mai entsprechendes Ministerium der Linken auf die nachdrücklichste Unterstützung der Sozialisten rechnen könne. Dem Eintritt der Sozialisten in die Regierung erklärte Renaudel als inopportun. Wenn die Sozialistische Partei auch mit einem bedeutenden Rechtszuwachs aus der schweren Krise hervorgegangen sei, die sie in den letzten Jahren durchgemacht habe, so sei er gegenüber dem Kommunismus doch keineswegs so vollständig, daß die Partei das Abenteuer einer direkten Beteiligung an der Regierung ohne weiteres riskieren könne. Es werde der Parteitag zu prüfen haben, ob und inwieweit die Sicherung des Friedens von dem Eintritt der Sozialisten in die Regierung abhängig sei. In diesem Fall würde dann die Partei als Bedingung die Verpflichtung auf ein festumrissenes demokratisches-sozialistisches Programm stellen, das aller Welt zeigen würde, daß sich seit dem 11. Mai in der politischen Situation etwas geändert habe.

## Die Politik Herriots

Paris, 26. Mai. (Eig. Draht.) Herriot empfing in Honfleur den Reichspräsidenten, dem er erklärte, die neue Regierung werde vor dem 5. Juni nicht gebildet sein. Er werde den Sozialisten einigle Anstöße anbieten, wie auch immer der Beschluß ihres Kongresses ausfallen werde. Der Sieg des Linksblochs habe in allen Ländern, besonders in England und Amerika, Befriedigung hervorgerufen. Anfolgendes könne man das Fehlen des Franz nicht durch das Mißtrauen des Auslandes erklären. Man müsse darin ein realisiertes Mandat sehen, das dafür bestimmt sei, den Sieg des Linksblochs in den Augen der Öffentlichkeit zu entwerfen. Er sei überzeugt, daß alle Schwierigkeiten mit England beseitigt werden könnten. Niemals sei der Zeitpunkt für die Herstellung normaler Beziehungen zu Deutschland günstiger gewesen als jetzt. Wenn sich aber das deutsche Volk wieder dem Imperialismus zuwenden und es ablehne, seine Schulden an Frankreich zu bezahlen, so würden alle Versuche, zu einer Einigung zu gelangen, vergeblich sein. Seine Politik gegen Deutschland würde eine Politik des Vertrauens sein, doch könnte sie nur dann Früchte tragen, wenn auch Deutschland guten Willen zeigen würde. Die Beziehungen zu Rußland werde er wieder aufnehmen, aber den Drohungen von Moskau werde er sich nicht fügen. Im Innern wolle er vor allem eine allgemeine Amnestie vorschlagen. Sodann werde er die gelegentlich eines Streiks 1920 entlassenen Eisenbahnarbeiter wieder einstellen und das Verordnungsrecht der Regierung wieder ausüben. Die gegenwärtigen Steuerfälle sollen vorläufig in Kraft bleiben, erst im nächsten Budget sollen neue Steuergrundzüge in Anwendung gebracht werden.

Bezüglich der Reparationsfrage führte er aus, daß er den Versprechungen der deutschen Regierung nicht blindlings glaube. Die Ruhrbesetzung werde nur so weit geändert, als es notwendig sei, um Deutschland in die Lage zu versetzen, seine wirtschaftlichen Kräfte wiederzugewinnen und die Reparationen zu bezahlen. Aber damit sei noch nicht gesagt, daß einem widerstrebenden Deutschland die Schlüssel des Ruhrgebietes wieder zurückgegeben werden sollen. Herriot ist entschlossen, dem Völkerverbund eine große Rolle zuzuwenden. Dieser soll insbesondere die Aufgabe erhalten, die neuen Versprechungen

## Annahme oder Ablehnung?

Von Paul Levi

Die Frage des Sachverständigengutachtens wird im Allgemeinen auf die nüchternen und wie es scheint, eindeutige Formel gebracht: „annehmen oder ablehnen“. Uns scheint, daß diese Eindeutigkeit nicht gerecht wird. Die Frage des Sachverständigengutachtens ist eine völlig zweideutige Frage. Sie bedeutet zweierlei, je nachdem man die Frage außenpolitisch oder innenpolitisch betrachtet.

Außenpolitisch — das kann keine Frage sein — erfordert das von uns wahrzunehmende Interesse die Annahme des Sachverständigengutachtens. Wir haben ein Interesse an der Befriedung der verfahrenen Verhältnisse. Wir haben ein Interesse an der Verhinderung von Zuständen, wie sie der Ruhrkrieg seinerzeit über Europa, aber am meisten über Deutschland herausbesauren hat, und wir haben vor allem das Interesse, auf dem Wege praktischer Arbeit der nationalen Agitation und Wühlererei in allen Ländern entgegenzutreten.

Außenpolitisch müssen wir die Basis schaffen, auf der die letzten nationalistischen Ausläufer des Krieges liquidiert werden können. Innenpolitisch aber gewinnt die Frage des Sachverständigengutachtens eine besondere Bedeutung, weil sich das Sachverständigengutachten nicht nur auf die Regulierung außenpolitischer Verhältnisse zwischen Deutschland und den Entente-Staaten beschränkt, sondern, weil das Sachverständigengutachten auch gewisse innenpolitische Regelungen trifft: Die Frage anspricht, wer im inneren Verhältnis der deutschen Klassen die Lasten zu tragen habe. So befehlen, kann kein Zweifel sein, daß das Sachverständigengutachten die ungünstigste Lösung von allen bisher vorgeschlagenen Lösungen darstellt. In den feinerzeitigen Verhandlungen über die Sachverständigenfassung von Robert Schmidt und Staatssekretär Sirich war die Aufbringung der Mittel für die Reparationen im wesentlichen so geordnet, daß auf dem Wege über die Sachverständigenfassung die besitzenden Klassen mit etwa 20 bis 25 Goldmilliarden belastet werden würden. Dieser Vorschlag ist damals in den Papierkörben der Bureaucratie und im Höfen Willen der besitzenden Klassen untergegangen. Als der Ruhrkrieg den besitzenden Klassen einermöglichen das Bewußtsein geschärft hatte, machte die Regierung Cuno einen zweiten Vorschlag, den Vorschlag vom 2. Mai/7. Juni 1923. In diesen Vorschlägen war der frühere Vorschlag von Schmidt-Sirich bereits wesentlich modifiziert zugunsten der besitzenden und zu Lasten der nichtbesitzenden Klassen. Im Cuno'schen Vorschlag war vorgeschlagen eine Reparationssumme von 30 Goldmilliarden. Hieron sollten ausgebracht werden: 10 Milliarden von den Eisenbahnen, d. h. aus Vermögenswerten des Reiches, 10 Milliarden von den besitzenden Industrie, Landwirtschaft, Banken, Handel, und 10 Milliarden durch Lasten auf den Konsum. Damals war also das Verhältnis zwischen diesen drei Kategorien wie 1:1:1. Dieses Verhältnis ist nach dem Vorschlag der Sachverständigen gründlich geändert. Nach dem Vorschlag der Sachverständigen sollen auf die Eisenbahn gelegt werden 11 Goldmilliarden, die zu 5 Prozent verzinstlich und zu 1 Prozent amortisiert, eine jährliche Last von 600 Millionen ergeben. Die Industrie soll belastet werden mit 5 Goldmilliarden, was wiederum bei 5 Prozent Verzinsung und 1 Prozent Amortisation eine Jahreslast von 300 Goldmilliarden ergibt. Demgegenüber aber soll der allgemeine Staatshaushalt, also zum großen Teil der Verbrauch belastet werden mit mehr als 1500 Goldmilliarden, so daß also das Verhältnis von Bruttovermögen zu öffentlichen Vermögen zu allgemeinen Steuern, das nach dem Vorschlag der Regierung Cuno wie 1:1:1 war, nach dem Vorschlag der Sachverständigen wäre wie 1:2:5. Die 5 zu Lasten des Konsums. Nicht nur hätten also nach dem Vorschlag der Sachverständigen die besitzenden weniger als die Hälfte dessen zu tragen, was das Reich aus seinem Vermögen befreit, obgleich nach dem Vorschlag der Regierung Cuno sie ebenfalls beitragen sollten, sondern Landwirtschaft, Banken, Handel usw. würden völlig frei ausgehen.

Dazu kommt aber ein weiteres. In dem Sachverständigengutachten ist eine Endsumme nicht festgesetzt, so daß also die Lasten von, in normalen Jahren, 25 Goldmilliarden jährlich, die an Reparation zu leisten wären, vorläufig ohne Begrenzung weiter laufen. Diese beiden Lasten, die Auflagen auf die Industrie und die Auflagen auf die Eisenbahn, sind aber mit 5 bzw. 11 Milliarden der Summe nach und, bei einer Amortisation von 1 Prozent pro Jahr, seitlich auf etwa 86 Jahre beschränkt. Mit anderen Worten, das ganze Risiko der Nichtfestsetzung der Endsumme an Reparationen ist heute von Eisenbahn und Industrie abgewälzt auf die dritte Reparationsquelle: die Steuern.

Aus diesem Grunde ist ganz durchsichtig, wesswegen eben dieselben, die bisher nur gar zu laut schrien, daß Deutschland überhaupt keine Reparationen zahlen würde und daß selbstverständlich, ehe ein Biennig bezahlt würde, man die Endsumme erst festsetzen müsse, heute Feuer und Flamme sind für eine Reparationszahlung, die keine Festsetzung der Endsumme vorsieht.

Aber wenn sie rufen, das Sachverständigengutachten anzunehmen, so meinen sie das Sachverständigengutachten so und mit der inneren Verteilung der Lasten, wie sie von den Sachverständigen festgelegt ist. Es kann aber mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß aus mehr als einer Stelle des Sachverständigengutachtens sich ergibt, daß gerade diese innere Verteilung der Lasten für die Sachverständigen nicht zu dem Teil gehört, den sie als Gerechtigkeit und Ganges betrachtet wissen wollen, sondern, daß gerade in diesem Punkte